

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Ledertwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 1 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 3. Januar 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — Zum neuen Jahre! —
Wo ist dein Platz? — Niederschrift über die Sitzung des
Tarifamtes für das Lederausrüstungsgewerbe (Seeresbedarf).
— Arbeitsausschuß der Ledertwirtschaft. — Korrespondenzen.
— Rundschau. — Besanntmachungen des Zentralvorstandes.
— Bühenschau. — Sterbeliste. — Anzeigen.

Für die Woche vom 5. bis 11. Januar
1919 ist der 2. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Unsere Mitgliebrern und Mit-
arbeitern die
besten Glückwünsche
zum Neuen Jahre.
Die Redaktion. Der Vorstand.

Zum neuen Jahre!

Die letzten vier Jahre waren für die Mensch-
heit eine Zeit geistiger und physischer An-
spannung, wie die Weltgeschichte sie nie vorher zu
verzeichnen hatte und hoffentlich nie wieder zu
verzeichnen haben wird. Besonders an die deutsche
Bevölkerung stellte das Jahr 1918 Anforderungen,
die, wären sie vorher programmatisch aufge-
stellt gewesen, als unüberwindlich, menschen-
unmöglich gegolten hätten. Und doch, das deutsche
Volk, das Millionenherr in grauer Uniform und
im Arbeitsittel hat den Mut nicht sinken lassen.
Immer wieder und wieder ist es ziellklar den ein-
mal beschrittenen Weg weitergegangen, hat sich
nicht vom Feuerwerk alldeutscher Maulhelden
blenden lassen, ist auch nicht kraftlos zusammen-
gebrochen, als das 500jährige Hohenzollern- und
Kunckerregime mit all seinem Glitterkram und
Modergedruch vom Sturme der Revolution hin-
weggeblasen worden ist. Der alte Kampfeist ist
in den Novembertagen neu erwacht. Mit frischem
Mut und froher Tatkraft hat die Arbeiterklasse
Besitz von den Regierungsgewalten genommen,
vom lautersten Willen bestrbt, dem ganzen Volke
Frieden, Freiheit und Brot dauernd zu sichern.

Leicht sind diese Aufgaben nicht zu lösen. Die
Stützen bisheriger Macht haben können und wollen
nicht so schnell umlernen, wie die Ereignisse es
erfordern. Auf der anderen Seite finden wir die
Heißblütigen, die Himmelsstürmer, die da glauben,
mit der Erringung der politischen Macht nun
auch die sofortige Sozialisierung vornehmen
zu müssen.

Sozialisierung heißt: Arbeiten, Aufbauen.
Der Gedanke, das gesamte Wirtschaftsleben in

einen großen Trümmerhaufen zu verwandeln und
darauf die soziale Republik errichten, kann nur
Kindes- und Wirrköpfe begeistern. Sozialisiert
kann nur werden, wo etwas zum sozialisieren da
ist. Diese Ansicht kommt glücklicherweise immer
mehr zum Durchbruch. Ist doch die klardenkende
Arbeiterklasse sich einig darüber, will sie leben,
so muß das feinnervige Wirtschaftssystem produ-
ktiv bleiben. Wir sind nun einmal auf die Einfuhr
von Rohmaterialien und Futtermitteln, ebenso
auf die Ausfuhr der Veredelungsindustrie ange-
wiesen. England, Frankreich, Amerika und andere
sind kapitalistisch wirtschaftende Staaten, sie
werden es auch vorerst bleiben. — Ihre Sozialisten
brauchen noch viele Jahre, bis sie sich zu ihrem
Endziel durchgerungen haben. Weil dem so ist,
müssen wir als praktisch denkende Menschen diesen
Faktor in Rechnung stellen. Ihre Kapitalisten
werden uns das Lebensnotwendige nur liefern, wenn
wir ihnen entsprechende Werte sicherstellen. Werte
können aber nur durch systematische Arbeit ge-
schaffen werden. Wer sich dieser Ansicht verschließt,
begeht ein Verbrechen am Volk, begeht ein größe-
res Verbrechen, als wie es den Herrern zum Welt-
kriege aufs Schuldkonto geschrieben werden kann.

Die Zukunft gehört dem Sozialismus! So-
zialisiert soll und muß werden. Doch nicht Karten-
häuser und Luftschlöffer wollen wir uns bauen,
sondern die neue Wirtschaftsordnung uns fest
fundamentieren. Dazu gehört Arbeit und Zeit
zur Arbeit.

Leider hat der politische Umschwung eine
große Arbeitslosigkeit zur Folge. Für die davon
Betroffenen wird nach Möglichkeit durch die Er-
werbslosenunterstützung gesorgt. Auf keinen Fall
dürfte die Arbeitslosigkeit durch Streiks aus po-
litischen Ursachen, durch Demonstrationen und
Straßenparaden während der Arbeitszeit noch
vergrößert und das Wirtschaftsleben noch mehr
beunruhigt werden. Wenn die leitenden Per-
sonen mit Deputationen und Resolutionen be-
stürmt werden, so leidet die systematische Arbeit,
ruft das Bürgertum zum Widerstand auf, för-
dert die Vernichtungspläne der übermütigen
Sieger und führt uns alle einem Abgrund zu.
Wir müssen endlich aus dem Chaos heraus und
von der so segenverheißenden politischen Frei-
heit würdig Gebrauch machen.

Deshalb empfinden wir Genugtuung dar-
über, daß der vom 16. bis 20. Dezember 1918 in
Berlin abgehaltene Kongreß der Arbeiter- und
Soldatenräte mit 400 gegen 50 Stimmen den
19. Januar zum Wahltag für die Nationalver-
sammlung erkoren hat. Dieser mit solch gran-
dioser Mehrheit gefasste Beschluß ist als Zeichen
der Sammlung zu deuten, in dem das deutsche
Proletariat siegen wird.

Daran kann und werden die von unverant-
wortlicher Seite inszenierten Rutsche in Berlin
und an einigen wichtigen Industrieorten nichts
ändern. Die gewerkschaftlich geschulte Arbeiter-
klasse hat mit diesen skandalösen Revolten nichts
gemein. Sie bedauert aufs tiefste, wenn das Fest

des Friedens mit Bruderkämpfen, die auch eine
Anzahl Tote forderten, eingeleitet wurde. Die
Verantwortung allein tragen diejenigen, welche
jede passende und unpassende Gelegenheit be-
nutzen, um gegen die Regierung der Volksbeauf-
tragten zu hetzen und das Zustandekommen der
Nationalversammlung zu verhindern suchen. Die
Löhnung der Matrosen, die Uebergabe der
Schlüssel des ehemaligen kaiserlichen Schlosses,
hätten bei einigermaßen gutem Willen ohne
Straßenkämpfe und ohne Vergießen von Men-
schenblut geregelt werden können. Das aber
paßt den Drahtziehern nicht. Ihrer Ansicht nach
muß der aus wirtschaftlichen und militärischen
Ursachen aufgehäuften Groll genährt werden, bis
er sich in dieser vernichtenden Weise entladet.
Darauf hin läßt auch die gewalttätige Befehung
des „Vorwärts“ deuten, der wohl später wieder
freigegeben wurde, aber wie die „rote Fahne“
ankündigt, „wird doch die in so entschlossene
Weise auf die Tagesordnung gestellte Frage
nicht mehr verschwinden“. Wir fühlen uns eins
mit unseren Kollegen, wenn wir sagen, so kann
und so darf die Revolution nicht ausarten. Nicht
mit dem Rüstzeug der Barbaren wollen wir
kämpfen. Mit geistigen Waffen wollen wir die
Welt dem Sozialismus erobern.

Diesen Willen hat die von den Mehrheits-
sozialisten in Berlin angeregte Massendemon-
stration am 29. Dezember, dem „roten Sonntag“,
mit mehr als 400 000 Teilnehmern zum Aus-
druck gebracht. Mit Jubel wurde die Kunde auf-
genommen, daß im Räte der Volksbeauftragten
sich eine reinliche Scheidung vollzogen hat. Das
Bendeln der Unabhängigen, einmal nach rechts,
dann wieder nach den Spartakiden zu, machte
ein Regieren im Sinne des Volkes zur Unmög-
lichkeit. Anstatt mit Friedensvorbereitungen,
mit Demobilisationsfragen mußte die Regierung
mit dem Ausgleich von Krakeelen und Empfangen
unzähliger Deputationen die so kostbare Zeit
vergeuden. Hoffentlich kann sie nun ungestört
ihre Arbeiten ausführen. Ob das Volk damit
einverstanden ist, wird der 19. Januar zeigen.

Wir dürfen mit gutem Recht erwarten, daß
auch unsere Kollegen, getragen von dem Ge-
danken einer einigen Arbeiterklasse, sich den kurz-
fristigen Wahlarbeiten widmen werden. Die
52 Kriegsmomente, die acht Wochen junge Revo-
lution hat aufrüttelnd gewirkt, hat unsere Frauen
und Mädchen, die erstmalig an die Wahlurne
schreiten, zum politischen Denken veranlaßt, so
daß die wenigen Tage genügen, es jeder über
20 Jahre alten Frau, jedem über 20 Jahre alten
Manne zur Pflicht zu machen, ihr Wahlrecht auch
auszuüben. 35 bis 40 Millionen Männer und
Frauen, früher waren es 14 Millionen Wähler,
sind berufen, durch die Abgabe ihres Stimmzettels
die Geschicke Deutschlands zu bestimmen, eine Re-
gierung zu berufen, deren Leitmotiv ist: Des
Volkes Wille ist das höchste Gesetz!

Wenn die Wahlen vorüber, die Nationalver-
sammlung zusammengetreten, die Regierung na-

mens des Volkes den Frieden schließt, dann wollen auch wir uns der gewerkschaftlichen Aufgaben mit Fleiß und Kraft widmen. Gilt es doch für alle Berufe Kollektivverträge zu schaffen, in denen nicht nur die Lohnfrage geregelt, sondern das Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrecht der Arbeiterchaft in allen Betriebsangelegenheiten und bei sozialen Fragen gesichert wird. Des ferneren haben wir den Wunsch, unser Verbandsparlament möge bestimmt in diesem Jahre zusammentreten. Alles in allem, das Jahr 1919 wird ein arbeitsreiches sein, es wird von jedem einzelnen emsigen Fleiß und Opferfreude erheischen. Treue um Treue, Vertrauen um Vertrauen, solidarische Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit sind die Pfeiler unseres Zukunftsbauens. Wer diese Tribute zollt, ist uns ein willkommener Mitarbeiter, ihm

Heil und Glück im neuen Jahre!

Wo ist dein Platz.

Die ganze staatliche Ordnung ist ständig zusammengebrochen wie so manche staatliche Ordnung vorher. Während jene Reiche, wie das der Perser, Griechen, Römer, aber ihre Größe für immer verloren, haben wir die Zuversicht, aus den Trümmern im Laufe der Zeit größer hervorzugehen, wie wir gewesen sind, und das wird der Fall sein, wenn unser neues Zusammenleben den entgegengesetzten Charakter aufweist wie das alte. Es muß sich wenden von der Annatur zur Natur.

Wohin wir in die Natur schauen und in ihre Entwicklung, überall finden wir die Tendenz nach einem immer größeren Zusammenschluß von einzelnen in der Art, daß das einzelne Glied in seinem Wesen völlig frei ist und es sich in dieser Freiheit in das Ganze zu besserer Entwicklung einfügt. So sind beim Zusammenleben von Pflanzen und Insekten die Blüten oft für ganz bestimmte Insekten in Bau, Farbe und dergleichen geartet, so daß zwischen ihnen ein enges Zusammenleben besteht in Einheit jedes Wesens unter Entwicklung des Ganzen ohne den Vernichtungskampf.

Die Menschheit ist ein Produkt der Naturentwicklung und wenn sie ihren Entwicklungsgang weitergehen soll, so muß auch in ihr bestimmend sein dieses Prinzip der Einheit in Freiheit. Und weil das alte Regime nur kannte eine äußerliche Freiheit in Einzelfklaberei, so ging es zugrunde, mußte es naturnotwendig zugrunde gehen.

Soll aus den Trümmern des Alten ein neues Besseres werden, so muß es als Grundlage haben die Freiheit des Ganzen in Freiheit des einzelnen. Jeder einzelne muß haben seine persönliche, politische und wirtschaftliche Freiheit, jeder muß seiner Natur entsprechend leben, vor allem im Arbeitsleben, das den Kern des ganzen Daseins bildet; er muß arbeiten in einem Berufe, der seiner Natur entspricht, in einem Raume, der den hygienischen und ästhetischen Bedürfnissen gerecht wird, solange Zeit, wie sie der Gesundheit gemäß ist, unter einer Leitung, die eines Geistes wie er ist. Dann und nur dann ist das ganze Zusammenleben natürlich, nur dann ist es lebensbejahend und entwicklungsfroh, nur dann sittlich.

Darum: wer solch eine Welt sittlicher Lebensfreude will, der gehört zu uns! Wir haben in unserem Kampfe auf unsere Fahnen geschrieben die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen, da wir wissen, daß nur durch solche Freiheit des einzelnen die Einheit und das Glück des Ganzen möglich ist. In unserer Idee des freigewerkschaftlichen Kampfes allein ruhen darum Natürlichkeit, Sittlichkeit, Freude und Glück.

Niederschrift über die Sitzung des Tarifamtes für das Lederausrüstungsgewerbe (Heeresbedarf)

am Donnerstag, den 19. Dezember 1918, im Dienstgebäude der Handelskammer zu Berlin.

Anwesend: Als Mitglieder des Tarifamtes die Herren Syndikus Meyer (Vorsitzender), Cobau, Ganzmüller, Reinhardt (Arbeitgeberbesitzer), Hein, Herrmann, Nibel (Arbeitnehmerbesitzer), ferner die aus anliegender Anwesenheitsliste ersichtlichen Personen.

Herr Cobau teilte mit, daß die auswärtigen Arbeitgebermitglieder des Tarifamtes zu der Sitzung nicht erschienen sind, teilweise weil die Verkehrsverhältnisse es nicht gestatteten, teilweise weil die Betriebe sich im vom Feinde besetzten Gebiete befinden und über die Arbeitsbedingungen für diese Betriebe die maßgebliche Bestimmung vom Feinde getroffen wird.

Es wurde beschlossen,

Beschlüsse in der heutigen Sitzung mit unmittelbarer Wirkung nur für Groß-Berlin zu fassen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Annahme dieser Beschlüsse auch sämtlichen Betrieben im Reich empfohlen wird.

I. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung über folgenden Antrag des Verbandes der Sattler und Portefeuller:

Zwecks Stredung der vorhandenen Arbeit und Vermeidung von Arbeitslosigkeit beträgt die Arbeitszeit bis Freitag, den 31. Januar 1919, täglich nur fünf Stunden. Als Entschädigung für den ausfallenden Verdienst sind auf den Wochenverdienst 30 Proz. vom Arbeitgeber zuzuzahlen. Dem Stücklohnarbeiter ist nur so viel Arbeit zu geben, daß er im Höchstfall einschließlich der 30 Proz. pro Tag 12,50 Mk. verrechnen kann.

Diese Bestimmung tritt mit dem 20. Dezember in Kraft, für Berlin rückwirkend ab 2. Dezember 1918.

Von Arbeitgeberseite wurde zunächst der Standpunkt vertreten, daß eine Zugahlung der Arbeitgeber nur einreten könne nach Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge durch die Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber müßten auf die Einschaltung der Erwerbslosenfürsorge schon deshalb bestehen, weil sie andernfalls Gefahr liefen, daß die bergelenden Bezugsstellen bei Erstattung der Selbstkosten die Zugahlungen nicht oder nicht in voller Höhe berücksichtigen würden. Von Arbeitnehmerseite wurde hingegen betont, daß eine Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge nur in Betracht kommen könne, wenn eine Zugahlung seitens der Arbeitgeber überhaupt nicht erreichbar wäre. Bei der Kriegsindustrie müsse aber eine Zugahlung von den Arbeitgebern gefordert werden.

Nach eingehender Aussprache entschied der Vorsitzende die Meinungsverschiedenheit im Sinne der Auffassung der Arbeitnehmer, wobei er erklärte, sich überzeugt zu haben, daß die öffentliche Erwerbslosenfürsorge nur als eine Ergänzung der Gesamtleistung der Arbeitgeber stattzufinden habe. Hierbei wurde die Frage erörtert, in welcher Weise die Zugahlung erfolgen solle. Beide Parteien erkannten an, daß es wohl am zweckmäßigsten wäre, einen bestimmten Betrag für jede der drei ausfallenden Stunden festzusetzen.

Die Arbeitgeber bezeichneten als angemessenen Betrag einen solchen von 30 Pf. für männliche Arbeiter; die Arbeitnehmer lehnten dies als gänzlich unzureichend ab und forderten mindestens 1 Mk. für die Stunde. Die Arbeitgeber traten zu einer Sonderberatung zusammen, als deren Ergebnis sie mitteilten, daß sie an den Beschluß ihrer Auftraggeber gebunden seien und schon deshalb über ihr Angebot nicht hinausgehen könnten; zur schnelleren Herbeiführung einer Verständigung würden sie aber damit einverstanden sein, daß der Vorsitzende eine Entscheidung fällt, der sie sich von vornherein unterwerfen wollten, falls das gleiche von Arbeitnehmerseite geschehe.

Die Arbeitnehmer erklärten, daß sie sich ebenfalls der Entscheidung des Vorsitzenden unterwerfen wollten.

Der Vorsitzende fällt hierauf folgende Entscheidung, die als 4. Nachtrag gilt:

4. Nachtrag

zum Reichstarif für die Lederausrüstungsindustrie Deutschlands.

Zwecks Stredung der vorhandenen Arbeit und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit im Lederausrüstungsgewerbe beträgt die Arbeitszeit bis Freitag, den 31. Januar 1919, täglich nur fünf Stunden. Als Entschädigung für den ausfallenden Verdienst sind vom Arbeitgeber für jede fehlende Arbeitsstunde an männliche Arbeiter 80 Pf. und an Arbeiterinnen 40 Pf. zu zahlen. Den auf Stücklohn beschäftigten Personen ist nur soviel Arbeit zu geben, daß sie im Höchstfall einschließlich der Entschädigung für die ausfallenden Arbeitsstunden täglich nicht mehr als 12,50 Mk. für Arbeiter und 8 Mk. für Arbeiterinnen verrechnen können.

Diese Bestimmung gilt nur für Ausrüstungsstücke und tritt für Groß-Berlin rückwirkend mit dem 9. Dezember 1918 in Kraft. Den übrigen Fabrikationsorten im Reich wird empfohlen, sich dieser Abmachung mit Freitag, den 20. Dezember 1918, anzuschließen.

• • •

Mit Bezugnahme auf den Beschluß des Tarifamtes vom 22. November 1918, veröffentlicht im 3. Nachtrag, Nr. 1, wird beschlossen, um einen Lohnausfall der Zeitlohnarbeiter bei Verfürgung der Arbeitszeit von neun auf acht Stunden zu vermeiden, die Sätze der Feuerzuschulagen (Seite 6 des Reichstarifs unter 2. I) gleichfalls wie die Grundlöhne und Stücklöhne um 10 vom Hundert zu erhöhen.

Dieser Beschluß tritt rückwirkend mit dem 9. Dezember 1918 in Kraft.

Berlin, den 19. Dezember 1918.

Das Tarifamt.

Der Vorsitzende: Oskar Meyer, Syndikus der Handelskammer zu Berlin.

Der Obmann der Arbeitgeber: Felix Cobau.

Der Obmann der Arbeitnehmer: Alfred Nibel.

II. Eine Aussprache über die Behandlung der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr ergab Uebereinstimmung, daß es wünschenswert sei, wenn die Betriebe an den Werktagen zwischen Weihnachten die Arbeit mit fünfständiger Arbeitszeit fortsetzten.

Es wurde beschlossen, an die Schlichtungskommission in Hannover a. S. d. der Firma Rhyfel u. Borns in Hannover folgendes Schreiben zu richten:

„Unter Bezugnahme auf Ihren Beschluß vom 30. Oktober 1918 teilen wir Ihnen mit, daß das Tarifamt die Lederzubehöre stellen als Hersteller für Ausrüstungsgegenstände im Sinne des Reichstarifs ansieht.“

Arbeitsausschuß der Lederwirtschaft.

Die zweite Sitzung des Arbeitsausschusses der Lederwirtschaft tagte am 21. Dezember 1918 unter dem Vorsitz des Herrn List. Sie war zwar nicht so stark besucht wie die vom 13. Dezember, zeigte aber nach eingehender Aussprache einige greifbare Resultate in bezug auf allmählichen Abbau der Kriegswirtschaft. Nach dem mit reichlichem statistischen Material ausgestatteten Bericht des Hauptmanns Sauer betonte Kollege Blum, daß mit allen Kräften ein Umschlag der Arbeitslosigkeit verhütet werden müsse. Erprobliches könne aber nur erreicht werden, wenn ein Eingreifen unbefugter Stellen in die Lederwirtschaft verhütet werde. Wenn beispielsweise die Artilleriewerkstatt Spandau im Gegensatz zu den zentralen Werkstätten dazu übernehme, ihre wertvollen Lederbestände zu Altentappen, Schuttsachen usw. zu verarbeiten und rindlederne Aktentaschen zu 18 Mk. in Berlin auf den Markt bringen, so müsse dagegen vom Standpunkt der gesamten Industrie und der gesamten Arbeitnehmer energischer Protest erhoben werden. Diese Ausführungen wurden ergänzt durch den Geschäftsführer der Kontrollstelle für freigegebenes Leder, Herrn Rechtsanwalt Blasse, der auf eigenmächtiges Vorgehen seitens sächsischer und bairischer Behörden hinwies und das Demobilisationsamt bat, dafür Sorge zu tragen, daß im Interesse der gleichmäßigen Verfortung der deutschen Industrie und des deutschen Gewerbes mit Rohmaterial jedes eigenmächtige Vorgehen lokaler Stellen verhütet werde.

Kollege Maßler, Vorsitzender des Zentralverbandes der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, zog aus dem Bericht des Herrn Hauptmanns Sauer die Schlussfolgerung, daß man zwar noch gezwungen sei, an der Zwangswirtschaft festzuhalten, daß man aber doch so viel wie möglich abzubauen und alle Stellen und Bestimmungen beseitigen solle, die nicht mehr unbedingt erforderlich seien. Wenn die Situation in der Lederwirtschaft auch ernst liege, so sei doch kein Grund zu allzu großem Pessimismus, weil sich die Verhältnisse zweifellos bessern müßten, wenn das Uebergangsstadium, in dem man sich jetzt befinde, überwunden sei.

Herr Lederfabrikant Dr. Saase ist der Auffassung, daß die Frage, ob die Zwangswirtschaft aufrechterhalten werden solle oder nicht, abhängig sei von der Vorfrage, ob die Regierung sich stark genug fühle, die Bestimmungen überall durchzuführen. Wenn die Regierung glaube, daß nicht in der Lage zu sein, dann könne man den Firmen im Handel und in der Industrie, die sich bisher streng an die Bestimmungen gehalten haben und dadurch weniger Rohware erhielten als die weniger gewissenhaften, eine weitere Befolgung der Zwangsvorschriften nicht zumuten, und es sei vielleicht eine völlige Anarchie für einige Monate, durch die man dann vielleicht um so schneller zu geordneten Verhältnissen komme, leichter zu ertragen, als die derzeitige Halbheit.

Herr Kommerzienrat Gläser und Herr Herzberger halten zwar eine sofortige radikale Abschaffung der Zwangswirtschaft unter den heutigen Verhältnissen nicht für gegeben, sind jedoch dafür, daß mit einem systematischen Abbau sofort begonnen werden müsse. Besonders Herr Herzberger wies darauf hin, daß man insbesondere auch die Einfuhr von Häuten und Fellen wieder ermöglichen müsse, vor allem in den Fällen, in denen die Valuta nicht in Anspruch genommen werden brauche. Der wundeste Punkt unserer Zwangswirtschaft sei aber heute das Ueberhandnehmen des Schleichhandels. Er für seine Spezialindustrie schätze beispielsweise, daß etwa die Hälfte der Zickelle heute nicht die regulären Wege gehen, und wenn man höre, daß auch Großhändler waggonweise im Schleichhandel gehandelt würden und daß beim fertigen Leder die Verhältnisse ähnlich seien, dann sei es dringend erforderlich, daß hier für

schnellste Abhilfe gefordert würde und daß auch ein Eingreifen aller zuständigen Stellen in die Lederwirtschaft unter allen Umständen vermieden werde, weil sonst die zentrale Wirtschaft, deren Aufrechterhaltung an und für sich ihm im Augenblick aus verschiedenen Gründen noch erforderlich erscheine, zusammenbrechen müsse. Die Schwierigkeiten der Unterbringung von Arbeitern in der Leder verarbeitenden Industrie seien vielmehr darauf zurückzuführen, daß in einigen Kreisen der Leder verarbeitenden Industrie eine gewisse Jaghaftigkeit Platz gegriffen habe. Diese wiederum sei zu erklären durch die Zurückhaltung, die der Detailhandel heute bei seinem Einkauf zeige und beide hätten ihren Ursprung in den augenblicklichen ungewissen politischen Verhältnissen.

Der Vorsitzende, Herr List, stellte die Ueber-einstimmung der Versammlung dahingehend fest, daß die Reichslederhandels-gesellschaft und die Sattler- Leder-gesellschaft alsbald zu beauftragen seien. Die Fach-gruppe Lederhandel soll geeignete Vorschläge für die Neugestaltung der Leder-Verteilung machen. Die Frage einer Auflösung der Riemenfreigabestelle soll in den einzelnen Fachgruppen nochmals eingehend durchsprachen werden. Die Bestimmung über eine Auflösung der Riemenfreigabestelle wurde dementsprechend berichtigt, während hinsichtlich der Reichs-lederhandels-gesellschaft und der Sattlerleder-gesellschaft ein einstimmiger Beschluß der Versammlung zustande kam.

Mit 15 gegen 3 Stimmen wurde ein Antrag Dr. Goerzig angenommen, wonach bis zur endgültigen Regelung der Einfuhrfrage die Einfuhr von roten Säuten und Fellen, soweit eine Anspruchs-nahme von Valuta dafür nicht erforderlich sei, mit der Maßgabe gestattet werden solle, daß 25 Proz. der eingeführten Säute und Felle als höchstpreis-pflichtiges Leder im Inland verbleiben sollen, 75 Proz. dagegen in das Ausland ausgeführt werden dürfen.

Korrespondenzen.

Braunschweig. (E. 21. 12.) In der Generalver-sammlung vom 14. Dezember im „Fürstenhof“ heißt Vorsitzender Paul alle zurückgekehrten Kollegen herzlich willkommen und hofft, daß der traurige Völler-mord nicht allzu sehr auf die einzelnen gewirkt hat. Er fordert dieselben auf, wieder wie früher mit vollem Eifer für unsere Gewerkschaft zu arbeiten. Zu Ehren der 10 Gefallenen und 5 während der Kriegszeit ge-storbenen Kollegen erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Im Punkt 1 gibt Kollege Paul einen ausführlichen Geschäftsbericht der verflochtenen Kriegs-jahre, in fast einstündiger Vortrage führte er der Versammlung vor Augen, wie der Krieg auf die Ge-schäftsführung unserer Filiale einwirkte, gibt einen Ueberblick über Arbeit, Tätigkeit der Ortsverwaltung, gezahlte Unterhaltungen usw. Kollege Schwitzky stellt den Bericht zur Diskussion, es sprechen hierzu die Kollegen Gahn und Franz Hein, beide sprechen der Ortsverwaltung für ihre Tätigkeit während ihrer Ab-wesenheit ihren Dank aus. Punkt 2 wird folgende Ortsverwaltung gewählt: 1. Vorsitzender Robert Vor-mann, 2. Vorsitzender G. Paul, Kassierer Franz Hein, Schriftführer E. Erdmann, Revisoren Barke, Schacht, Kartelldelegierter W. Hohe. Im Gewerkschaftlichen erstattet Paul Bericht von der Versammlung mit den heftigen Unternehmern. Ferner wurde Stellung zur Weihnachtsgewerkschaftenunterstützung genommen, die Sache wurde zur weiteren Erledigung der Ortsver-waltung überwiehen. Kollege Hohe spricht dann zu den bevorstehenden Wahlen am Orte und fordert zur eifrigsten Mitarbeit auf. Kollege Vormann bedauert den schlechten Versammlungsbefuch und fordert alle auf, mit allen Mitteln für unsere Organisation in Versammlungen zu agitieren. Hierzu sprechen im gleichen Sinne noch Paul und Hein. Zum Schluß wurde noch über den früheren Kollegen H. Heine-mann diskutiert, welcher in den Arbeiterrat Rünningen gewählt ist und in einer öffentlichen Versammlung dort für den Ausbau der Gewerkschaften und Partei aufforderte, obwohl er bei uns wegen restierender Wehrtauge ausgeflohen ist. Die nötigen Schritte werden hiergegen unternommen.

Dresden. (E. 24. 12.) In einer gut besuchten Mitglieder-versammlung am 16. Dezember hielt Ge-nosse Dr. Albert einen Vortrag über „Die National-wahlen und die Gewerkschaften“. Redner verstand es in hervorragender Weise, dem Anwesenden in ein-stündigen überzeugenden und mit Beifall aufge-nommenen Ausführungen die Bedeutung der National-wahlen vor Augen zu führen. In der Aussprache nahm Kollege Eisner das Wort und würdigte beson-ders das Interesse der Gewerkschaftsbewegung an den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung. Zum folgenden Punkt der Tagesordnung richtete zu-nächst der Vorsitzende eine Begrüßungsansprache an die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen und er bat dieselben, zur Stärkung der Organisation wiederum das ihrige beizutragen. Darauf folgte der Bericht des Vorsitzenden über die am 5. Dezember stattgefun-

dene Konferenz mit den Herren Fabrikanten. Die-selbe wurde von unserer Organisationsleitung ein-berufen, um über die gegenwärtige Situation Klar-heit zu schaffen. Neben der Wahl einer Kommission zur Verteilung von Rohstoffen wurde noch nach lar-gerer Aussprache folgende Entscheidung ange-nommen:

Die am 5. Dezember 1918 in Dresden versamm-elten Unternehmer der Militärfabrik- und Leder-marcinindustrie Dresden erklärten sich bereit, folgende Beschlüsse einzuhalten:

A. Arbeitszeit betreffend.

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, doch darf dieselbe nicht vor 7 Uhr früh beginnen und nicht später als 4 Uhr nachmittags enden.

2. Wo Sonntags weniger als 8 Stunden ge-arbeitet wird, ist vorher eine Verständigung mit dem Arbeitersausschuß resp. mit der Verbandsleitung zu erzielen.

3. Können Entlassungen nicht vermieden werden, so sind die berufsfremden Arbeiter und Arbeiterinnen zunächst zu entlassen.

Als berufsfremde Arbeiter oder Arbeiterinnen sind zu betrachten: a) alle Arbeiter, welche das Sattlerhandwerk vor dem 1. August 1914 nicht aus-geübt haben, mit Ausnahme der während der Kriegs-zeit ausgebildeten Sattler; b) alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie nicht vor dem 1. August im unserem Berufe tätig waren.

Rüsten auch weitere Schichten der gelerntten Sattler entlassen werden so ist die mögliche Rück-sicht auf ältere Arbeiter und kriegsbeschädigte Sattler zu nehmen und sind die jüngeren Kräfte zuerst zu entlassen. Bevor jedoch berufszugehörige Personen aus Mangel an Beschäftigung entlassen werden, ist der Betriebsinhaber verpflichtet, mit dem Arbeiter-ausschuß oder mit der Leitung der zuständigen Ar-beitnehmerorganisation Verhandlungen über eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 4 Stunden einzuleiten.

B. Arbeitsvermittlung betreffend.

1. Die Herren Unternehmer wie die Vertreter des Verbandes der Sattler und Portefeuller Dres-dens erklären sich mit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises einverstanden.

Solange ein solcher nicht besteht, verpflichten sich die Herren Unternehmer, offene Stellen nur im Verbandsbureau des Verbandes der Sattler und Portefeuller, Schützenplatz 20, 3 Et. (Tel. 27128) zu melden.

3. Arbeitsuchende erhalten vom Arbeitsnachweis eine Bescheinigung, die bei der Meldung des Ar-beituchenden zu unterschreiben ist.

4. Die Arbeitsvermittlung erfolgt täglich vorm. von 10-11 Uhr.

Unter „Beruffisches“ ehrten die Anwesenden das Ableben des Kollegen Alfred Drechsel durch Erheben von den Plätzen. Kollege Böhme dankte im Namen der aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen der Or-ganisationsleitung für die mühevollen Arbeit während der Kriegsjahre.

Nachdem Eisner noch an die Versammlung das Ersuchen gerichtet, daß alle arbeitslos werdenden und vom Herberdienst entlassenen Mitglieder sich sofort im Bureau zu melden haben, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Oskar Arnold Schriftführer.

Leipzig. (E. 30. 12.) In der Mitglieder-versamm-ung am 13. Dezember referierte Kollege Buch über: „Demobilisierung und Arbeitslosigkeit“. Der ge-schätzte Zeitpunkt mit hohem Erwartet ist jetzt eingetreten. Die Rüstungsarbeiten sind beendet. Beim Heere eingezogene Mitglieder kehren zurück und werden vom Militär entlassen. In wenigen Wochen können eine große Anzahl Kollegen arbeits-los sein; es sind jetzt schon auf dem städtischen Ar-beitsnachweis über 4000 Arbeitslose angemeldet, wo jeden Tag noch mehr folgen werden. Man setzte sich mit dem Schutzverband der Arbeitgeber in Verbin-dung zwecks Regelung der Arbeitsweise. Es wurden Fragen zur Beratung aufgeworfen, die sich notwendig machen, die Krisis zu überwinden. Die Kommission unfererseits machte Vorschläge, was für Arbeiten an-gefertigt werden könnten, was aber von den Arbeit-gebern nicht anerkannt wurde. Einige Herren er-widerten hierauf, daß sie nur gute Koffer brauchten und dazu fehlt das Rohmaterial, auch müßten da erst die Vorarbeiten vom Tischler und Schlosser gemacht werden. Es seien auch ein Teil der Aufträge, welche auf der Herbstmesse gemacht wurden, annulliert wor-den. Auch der Antrag, die Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden herabzusetzen und den Lohnausfall je zur Hälfte zu tragen, wurde abgelehnt, das müßte zentral geregelt werden, denn sie hätten auch mit der Schmutzlohnfurrenz zu rechnen. Ueber die Regelung der kriegsbeschädigten wurde darauf hingewiesen, daß sie überall dort eingestellt werden sollten, wo sie vor Kriegsausbruch gearbeitet haben und daß bei Festsetzung des Lohnes die Gewerkschaften zugezogen werden sollten. Die Arbeitgeber bemerkten noch, daß

sie auf Verweisung an den paritätischen Arbeitsnach-weis nicht eingehen. Die Einstellung von Leuten dürfte ihnen nicht unterjagt werden. Da bei den Verhandlungen die Unternehmer nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt haben, wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat empfohlen, noch eine Verhandlung auf dem Kriegssamt stattfinden zu lassen. Die Kreis-hauptmannschaft ersuchte uns, einen Vertreter aus unferen Kreisen mit in den Demobilisierungsaus-schuß zu entsenden. Es wurde Kollege Buch gewähl. Kollege Zeidler streifte noch die Kohlenfrage, daß infolge Aufhebung der Gefangenenarbeiten in den Kohlenwerken weniger Kohlen befördert würden und daß in Ermangelung an Leuten Arbeitslose von Leip-zig angefordert wurden. Die Kohlenbarone wollen nur pro Tag 9 Mk. zahlen. Da bei höherer Lohnfor-derung die Preise steigen, empfahl der Leipziger Oberbürgermeister, den Leuten noch pro Tag 2 Mk. zu bewilligen, was von dem engeren Ausschuß strikte abgelehnt wurde. Wenn derartige Dividenden ge-zahlt werden können, kann auch ein angemessener Lohn gefordert werden.

Neu-Isenburg. (E. 30. 12.) Am 22. Dezember fand in der „Garnonie“ eine gutbesuchte Mitglieder-versammlung statt. Zunächst wurde das Gedächtnis der gefallenen Kollegen durch Erheben von den Eihen geehrt. Zur Tagesordnung übergegangen, hielt der Vorsitzende, Kollege Koch, einen Vortrag über: „Die Erwerbslosenfürsorge des Reiches“. Am Schluß seiner Ausführungen forderte der Vorsitzende die Kolle-gen auf, bei den kommenden Wahlen nur solche Män-ner zu wählen, welche ein soziales Gefühl für das Volk haben. Zum Schluß wurden noch einige Ver-bandsangelegenheiten besprochen und alle vom Mil-itär entlassenen Kollegen aufgefordert, sich sofort beim Kollegen Haas zu melden. Wir hoffen, daß bei allen Mitglieder-versammlungen die Kollegen solch großes Interesse zeigen wie bei der letzten.

Ulm a. d. Donau. (E. 27. 12.) Am 19. Dezember fand eine gutbesuchte Mitglieder-versammlung im Ge-werkschaftshaus statt. Einleitend widmete der Vor-sitzende dem in der Woche zuvor verstorbenen eifrigen Mitglied Friedr. Bauer einen warmen Nachruf. Ferner berichtete er über die mit verschiedenen Firmen gepflogenen Verhandlungen betreffs Lohn-ausgleich und die bei der Firma Esart bereits er-folgten Entlassungen. Dieselben hatten den Erfolg, daß beschiedene, bereits arbeitslose Mitglieder wieder eingestellt wurden. Im weiteren berichtete der Vor-sitzende über die im Monat November vorge-nommene drückliche Lohnstatistik. An derselben hatten sich bei acht Firmen 91 männliche und 48 weibliche Mitglieder beteiligt. Danach hatten die Afford-arbeiter einen Durchschnittslohn von 1,30 Mk., die Zelllohnarbeiter 1,16 Mk. und die Arbeiterinnen 66½ Pf. In der Diskussion kam hauptsächlich der bei der Firma Deplat festgestellte sehr niedrige Stundenverdienst zur Sprache.

Eine lange Diskussion rief auch die vom Zen-tralratamt festgestellte Vereinbarung betreffs Lohn-ausgleich aus Anlaß der Einführung des Achtstun-den-tages. Die Unzufriedenheit über diese Lösung war allgemein weil dadurch die am Orte bereits ge-troffenen Abmachungen zum Teil empfindlich ver-schlechtert wurden. Der Vorsitzende wurde beauf-tragt, beim Zentralvorstand anzuregen, daß durch einen Nachtrag diese Verschlechterungen wieder auf-gehoben werden.

Unter Verschiedenes wurde die Frage der Partei-presse erörtert und zu reger Agitation für dieselbe aufgerufen.

Rundschau.

An die Arbeiterschaft Deutschlands richtet sich ein von den Gewerkschaftskartellen verbreiteter Aufruf, der davon ausgeht, daß unser Wirtschaftsleben erschüttert ist und daß der Friedensschluß uns keine Erlösung von den Qualen, Leiden und Entbehrungen des Krieges bringt. Not, Hunger und Sorge be-drohen schlimmer als je zuvor die Arbeiterklasse. Wichtigste Aufgabe des Tages sei die Aufrechterhal-tung des Wirtschaftslebens. Soll sie möglich bleiben, so dürfen die Unternehmer, welche die Arbeitsbedin-gungen nicht mehr einseitig festsetzen können, ander-erseits auch nicht willkürlich und regellos aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden. Alle wirt-schaftlichen Fragen müßten zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften geregelt werden, und die Gewerkschaften würden die Rechte der Arbeitnehmer in vollem Umfange vertreten. Die Revolution dürfe keine bloß politische bleiben, sie müsse eine soziale werden. Die soziale Neugestaltung der Gesellschaft aber könne nicht dekretiert werden, sondern müsse er-arbeitet werden als Werk wirtschaftlicher Entwic-klung. Die gewerkschaftlichen Organisationen, die Ver-einigungen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse und zur Unterstützung hilfsbedürftiger Berufslos-ten, seien zugleich die Träger der Idee der freien Arbeit, in dem sich sozialisierenden Deutschland. Der

Auftrag ermahnt daher die Industriearbeiter, Landarbeiter Arbeiter in den Betrieben des Reiches, der Staaten und der Gemeinden, Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten, Hausangestellten und Dienstboten, Beamten in aller Art von Verwaltungen und Lehrern, sich in voller Zahl den Gewerkschaften anzuschließen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Nach § 3 Absatz 1 des Unterstützungsreglements erhalten Einzelmitglieder nur dann Arbeitslosenunterstützung, wenn diese verheiratet oder der einzige Ernährer ihrer Angehörigen sind. Demzufolge haben ledige Mitglieder keinen Anspruch auf diese Unterstützung.

In Anbetracht der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse beim Kriegsende hat der Vorstand und Ausschuss beschlossen, allen Einzelmitgliedern im Falle der Arbeitslosigkeit Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, sofern sie im übrigen dazu berechtigt sind und den Nachweis der Erwerbslosigkeit durch eine Bescheinigung der örtlichen Erwerbslosenfürsorgebehörde der Ortsverwaltung unseres Verbandes gegenüber erbringen, bei der das Einzelmitglied sich angemeldet hat.

Neuwahlen der Ortsverwaltungen.

Durch die zahlreichen Anmeldungen zurückgekehrter Kriegsmitglieder wird es möglich sein, die nach dem Statut für den Monat Januar vorgesehenen Neuwahlen der Ortsvorstände für das neue Jahr wieder vorzunehmen. Die Mitgliedschaften werden hierdurch gebeten, sobald als möglich diese Wahlen anzusehen und das Ergebnis dem Zentralvorstand umgehend mitzuteilen.

Ferner ist es nötig, sobald als zugänglich ein vollständiges

Adressenverzeichnis

in der früheren Form wieder herauszugeben. Wir bitten also, die Adressen des Vorstehenden und Kassierers bzw. des Geschäftslotals anzugeben. In den Fällen, wo bestimmte Sprechstunden angelegt sind, ist auch dieses mitzuteilen. Weiter ist die Auszahlung der Reiseunterstützung zu regeln und bitten wir die Auszahlorte um genaue Angaben. Soweit Arbeitsnachweise, Verkehrslokale und Herbergen veröffentlicht werden sollen, ist dieses mitzuteilen. Da das neue Adressenverzeichnis Anfang Februar erscheinen soll, so bitten wir um baldige Einsendung der Adressen.

Verband der Zeitung.

Da die Schwierigkeiten im postalischen Verkehr durch Ausfall vieler Transportmittel sich noch vermehrt haben, so bitten wir die Ortsverwaltungen, mit ihren Bestellungen darauf Rücksicht zu nehmen. In den wenigsten Fällen wird es möglich sein, die neue Bestellung für die darauf erscheinende Nummer des Blattes zu berücksichtigen, weil alle Postfächer mit erheblicher Verspätung hier eintreffen. Der Versand der Zeitungen und des gewünschten Materials geschieht von hier regelmäßig wie bisher, aber eine Garantie für die rechtzeitige Ankunft am Bestimmungsort besteht nicht. Wir bitten, diese Schwierigkeiten, die noch etliche Wochen fortbestehen werden, und die sich voraussichtlich noch vermehren, zu berücksichtigen. Die Neubestellungen sind so früh als möglich aufzugeben und bitten wir, sich bei den Reklamationen etwas zu beschränken. Infolge des anhaltenden Papiermangels ersuchen wir, nur die genaueste Zahl der benötigten Zeitungsexemplare zu bestellen.

Mit kollegialem Gruß
Der Zentralvorstand.

S. A.: B. W. I. u. m.
Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10b.

Bekanntmachung.

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller und Berufsgenossen Deutschlands zu Berlin, S. a. G.
Um ihre Rechte an die Krankenkasse sicherzustellen, ersuchen wir alle vom Militär entlassenen Mitglieder, sich bei ihrer Verwaltungsstelle, bei welcher sie sich zum Militär abgemeldet haben, wieder anzumelden. Sie treten dann ohne weiteres in ihre Mitgliedsrechte wieder ein.

Also, Kollegen, denkt an die Krankenkasse und veräußert eure Anmeldung nicht!

Der Vorstand.

S. A.: Wilhelm Giese.

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsgenossen Deutschlands zu Berlin (V. a. G.)

Verwaltungsstelle Berlin.

Wir ersuchen die vom Militär entlassenen Kollegen, ihre Anmeldung zur Kasse gemäß § 10 Abs. 6 unserer Satzung rechtzeitig zu bewirken. Die Anmeldung kann erfolgen im Kassentotal jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8½ Uhr, oder beim Kollegen Muefemann, Neufölln, Mistr. 26, III.

Das Kassentotal befindet sich jetzt Kommandantenstraße 88, am Dönhofsplatz, Restaurant Glaue.
Die Ortsverwaltung.

Bücherschau.

Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte von Konstanze von Franken. 26. verbesserte Auflage. 304 Seiten. Preis vornehm gebunden 4,75 Mk. Mag. Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Von all den zahlreichen Büchern der gleichen Art ist uns keines bekannt, das so viele Vorzüge in sich vereinigt wie gerade dieses. Es ist geschmackvoll und vornehm ausgestattet, behandelt seinen Stoff muster-gültig und erschöpfend und ist äußerst billig. Nichts von blutleeren, steifen Förmlichkeiten, überall geht Verfeinerung der äußeren Form mit innerer Veredelung, stets Höflichkeit mit Herzlichkeit Hand in Hand. Selbst der Erwachsene, der gesellschaftlich Feingebildete wird vieles aus dem Buche lernen. Kein Alter, kein Stand, keine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen. Jedenfalls möchten wir das Buch als beheres Geschenk für Geburts- oder Namenstag wärmstens empfehlen.
P.

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsgenossen Deutschlands zu Berlin (V. a. G.)

Verwaltungsstelle Berlin.

Halbjährliche Mitgliederversammlung

Sonnabend, den 26. Januar, abends 8½ Uhr, im Kassentotal, Restaurant Glaue, Kommandantenstraße 88, am Dönhofsplatz.

Tagesordnung:

1. Halbjährlicher Kassenbericht.
2. Wahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Sattler

Mehrere Spezialarbeiter für Leder- Reisetaschen und Handtaschen sofort gesucht.

Albert Möller, Düsseldorf,
Copernikusstraße 26.

Rumtmacher

gesucht, der alle Arten von Rumten vollendet herstellen kann. Wir beanspruchen erstklassige Arbeit.

E. Leschen & Co.

Köln-Nippes, Geldernstraße 46.

Selbständiger Portefeuller

für Reparaturen und Neuanfertigungen sofort gesucht.
Engelhard & Co., Groß-Sattlerei,
Münster i. W.

Sattler

mehrere, nur selbständige, für Ledertaschen und Koffer sofort gesucht.

Anton Schwyer, München,
Theresienstraße 7.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Mitglied:

Julius Popp, Berlin, 36 Jahre alt.

Berlin. Am 2. Dezember verstarb unser Mitglied, die Kollegin Ida Bloch, 38 Jahre alt.

— Freiwillig aus dem Leben schied unser Mitglied August Pisteite, 54 Jahre alt.

Düsseldorf. Im Alter von 22 Jahren starb unser Mitglied Friedrich Jung.
Regnit. 55 Jahre alt verstarb unser Mitglied Otto Günther.

Offenbach a. M. Am 27. November verstarb unser langjähriges Mitglied Franz Buch, 46 Jahre alt.

— Am 7. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied, der Portefeuller Phil. Ludwig Karl, 87 Jahre alt.

— Am 16. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied, der Portefeuller Philipp Ritter, 74 Jahre alt.

— Am 17. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied, der Portefeuller Peter Pfeiffer, 42 Jahre alt.

Ulm Am 14. Dezember starb unser Kollege Friedrich Bauer im Alter von 86 Jahren an der Grippe.

Ehre ihrem Andenken!

Tüchtiger Meister

der mit der Reisetaschen-Fabrikation genau vertraut ist, für Berlin gesucht.

Offerten unter Nummer 4 an die Expedition dieses Blattes.

Sattlerei

mit guter Kundschaft, passend für jungen Anfänger ist wegen Todesfalles sofort zu verpachten.

Albert Kleine,

Weihenfels a. S., Jüdenstraße 8 I.

Jeder Sattler,

der durch Herausgehen der Ahleisen bei schwerer Arbeit Nerverg und Zeitverlust hat, lasse sich von mir eine Probeahle kommen, welche alle Fehler beseitigt und mit welcher es eine Freude ist, zu arbeiten.

Zu beziehen durch

Karl Schiller, Stuttgart,
Luiseplatz 6.

Durch jede Buchhandlung und durch den Verlag von Joh. Sassenbach, Berlin 16, ist zu beziehen:

Joh. Sassenbach: Die heilige Inquisition.

Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Kirche 60 Pfennig.

Joh. Sassenbach: Die Freimaurerei.

Ihre Geschichte, Tätigkeit und innere Einrichtung. 1 Mark.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität
Bruno Steffen, Berlin SW. 19,
Lindenstr. 63.

— Gegründet 1880. —
Preislisten S. P. gratis und franko.

Treibriemensattler

mit langjährigen Erfahrungen in modern eingerichteten Betrieben, mit guten Lederkenntnissen und mit Kenntnissen in der Behandlung sämtlicher Maschinen, für dauernde selbständige Stellung gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und mit Zeugnisabschriften an Heinrich Rute, Braunschweig, Postfach 131.